

# Volks-Zeitung

Finfundfünfzigster Jahrgang.

### Bezugspreise:

Der Hefen monatlich bei zweimonatlicher  
Bestellung 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mk., durch die Post monatlich  
8,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk.  
einschl. Zustellungsgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
einzelnen Zeitungspreisverzeichnisse unter  
Code-Zeitung eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Hochdruck nur mit der  
Zustellungs-Code-Zeitung ge-  
plant. Ferner der Geschäftsverzeich-  
nis Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103  
u. 1135, der Bezugs-Abt. Nr. 1135.

### Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Mil-  
limeterbreite oder deren Raum 60 Pf.  
Familienanzeigen 40 Pf. Restanten  
die 92 mm breite Millimeterbreite  
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unseren Geschäftsstellen u. sämtlich  
Anzeigenvermittlungs-Erfüllungsstellen  
60 Pf. Erstausgabe 2 mal.  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Geschieftigung und Haupt-Ge-  
schäftsstellen: Halle, Neue Dromo-  
nade 1a, Dr. Draubausstr. 17.  
Halle, Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 42 und Markt 24.  
Dessau-Konto Leipzig Nr. 2215.

Nr. 414.

Halle, Montag, den 5. September 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Vielrednerei im Reichstag.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Bei den Reaktionen und Lobreden der alten Zeit gehört zu den beliebtesten Mitteln der Stimmungsmache gegen Parlamentarismus, Republik und Demokratie der Hinweis auf die „oben Parlamentsbesessenen“, auf die „Schwachsinnigkeit“ der heutigen Parlamenten und wie die schönen Ausdrücke alle heißen, wegen die schändliche Arbeit des Reichstages der Vorzugszeit rühmend hervorgehoben wird. Nun sollte eigentlich jeder, der sich mit den Verhandlungen des Reichstages beschäftigt, wissen, daß eine derartige Vorlesung ganz gegenwärtige Parlament in ihrer Allgemeinheit durchaus unzutreffend ist, und daß dieselben Klagen über die Vielrednerei in der „Halle der Wiederholungen“ schon vor Jahrzehnten mit dem gleichen Recht wie heute erhoben worden sind. Es wird aber viel-  
leicht nicht leicht, wenn einmal an konkreten Beispielen festgestellt wird, daß sich die Vorwürfe gegen den Reichstag der Republik überhaupt ohne Einschränkung gar nicht aufrechterhalten lassen.

Vergleichen wir zunächst einmal die zweite Beratung des Etats für 1920 mit einer zweiten Etatsberatung aus der Zeit, da an Parlamentarismus in Deutschland noch nicht zu denken war und nehmen wir auf gut Glück die Beratung des Etats für 1909. Was zeigt sich da? Es ergibt sich, daß der Etat für 1920 in 33 Sitzungen durch die zweite Lesung durchgeführt wurde, während der Etat für 1909 nach 36 Sitzungen brauchte — wobei zu bedenken ist, daß die Haushaltsberatung in 1920 aus jungen-  
gen Gründen erst lange nach Beginn des Etatsjahres zu Ende geführt werden konnte, daß es da also schließlich auf ein paar Tage mehr oder weniger nicht angekommen wäre, während bei der Feststellung der Etats für 1909 immerhin der Zustand vorlag, die Beratung bis zum 1. April 1909 zu beenden. Auch im einzelnen ergeben sich interessante Vergleiche. So brauchte man Anfang 1909 zur Erledigung des Reichsamtens des Innern nicht weniger als zehn Sitzungen, in denen 92 Redner ihr Sprach-  
lein aufgaben. Im Jahre 1920 dagegen kam man bei der Beratung des Reichsministeriums des Innern mit vier Sitzungen aus, und die Zahl der Redner belief sich nur auf 36. Allerdings sind bei der Schaffung eines kollegialen Reichsministeriums nicht unerhebliche Gebiete vom Ministerium des Innern abgezweigt worden, dafür aber andere hinzugekommen, so daß der Unterschied des Beratungshorizontes nicht sehr erheblich ist. Auch sonst be-  
merkt man sich jetzt bei den Etatsdebatten immerhin einer Zurückhaltung, die man früher nicht kannte. Es sei an die vielen endlosen Reden erinnert, die ehemals jedes Jahr beim Militärstat einsetzten. Vom vorigen Jahr her-  
vorgegangen kamen bei den Etats für Meer und Marine nur 18 Redner zum Wort. Selbst beim Etat des Reichsberüh-  
mungsministeriums, das doch von außerordentlicher Be-  
deutung ist, sprachen nur 25 Redner.

Auch bei sonstigen Gelegenheiten, die sich auf inner-  
politische Angelegenheiten beziehen, ist der jetzige Reichs-  
tag oft bemerkenswerte Zurückhaltung. So beantragte das Beamtenbevollmächtigt für die zweite und dritte Be-  
ratung insgesamt nur zwei Sitzungen. Das Verzeichnis für die zweite und dritte Lesung sogar nur eine einzige  
Sitzung.

Wie fleißig im Reichstag der Republik gearbeitet wird, mag eine kleine Uebersicht über die Tätigkeit des Reichs-  
parlamentes in dem letzten Sessionsabschnitt, vom 14. Juni bis 8. Juli zeigen. Abgesehen von zahlreichen Aus-  
schrüben, von sechs Interpellationen und drei ein-  
fachen Anträgen wurden in dieser Zeit nicht weniger als  
50 Gesetzentwürfe der Regierung von den Abgeordneten  
berücksichtigt. Zum größten Teil handelte es sich dabei  
um solche Vorlagen, die in den früheren Sessionsabschnit-  
ten noch gar nicht einmal die erste und zweite Beratung  
passiert hatten. Natürlich befindet sich darunter eine  
große Zahl von Gesetzen, die nur formale oder unter-  
geordnete Bedeutung haben, aber auch andere, deren hohe  
wirtschaftliche, soziale und politische Bedeutung zweifel-  
ohne nicht groß ist, beispielsweise die Gesetze zur Regelung  
des Verkehrs mit Getreide, zur Förderung des Woll-  
gewerbes, betreffend den Volkseigenen und den Staats-  
gerichtsapparat, die Gesetze für beschleunigte Erhebung des  
Reichsnotens und Erhebung der Einkommensteuer vom  
Arbeitslohn, das Wehrmachtsverjüngungsgesetz, das Ver-  
drängungsgesetz, die Gesetze betr. Ausbau der An-  
gestaltens- sowie der Invalidenversicherung und viele an-  
dere mehr. Hier werden nun die Oppositionsparteien —  
und das ist zum Teil schon geschehen — wiederum auf  
die rücksichtslose Durchsetzung wichtiger Gesetze hin-  
gewiesen. Daß sie damit ihren Anlagen wegen der Viel-  
rednerei im Reichstag sich direkt ins Gesicht schlagen,  
kümmerst diese Leute wenig. Es genügt ihnen, wenn sie  
tadeln können — heute so, morgen so.

Demgegenüber behält den Regierungsparteien nichts an-  
ders über, als sich mit dem alten Wort zu resignieren:

„Wie man's macht, ist's falsch“, des weiteren aber ernsthaft  
alle Mittel zu prüfen, die geeignet sind, wirklicher berech-  
tigter Kritik an der Arbeitsweise im Reichstag Genüge zu  
leisten. Minister Dr. Schiffer hat ja neueren als Vor-  
zuziehender der demokratischen Reichstagsfraktion Vorschläge  
zu einer Veränderung der Geschäftsordnung des Reichstages  
gemacht. Es wird nötig sein, sie möglichst bald nachzu-  
prüfen und ihre Gedanken, ist es in dieser, ist es in jener  
Form, in Kraft zu setzen. Das allererste aber muß die  
freiwillige Selbsterziehung der Abgeordneten tun, und  
die Parlamentarier der Rechten, die den Geschäftsgang  
des Reichstages so gern zum Ziele von Vorwürfen und  
spöttischen Anklagen machen, können dabei ein wesent-  
liches Stück leisten, wenn sie selbst erst mit gutem Beispiel  
vorangehen.

## Strefemann gegen einen Block der Rechten

Die „Berl. Mittagspost“ meldet: In einer Rede auf dem  
Wahlkreisparteiabend in Magdeburg-Anhalt der Deutschen Volks-  
partei erklärte Dr. Strefemann, es sei notwendig, daß  
die Ausprägung der Beschlüsse nicht ohne Genehmigung  
des Reichstages vor sich gehen dürfe. Von der Regie-  
rung verlange die Partei unparteiische Anwendung des  
Ausnahmestandes und die Befreiung geordneter Verhält-  
nisse und Stellungnahme gegen die Willkürakte links-  
radikaler Parteien. Er wandte sich gegen den Gedanken  
eines Blocks der Rechten, dem eine Einkreisung im  
Reiche und in den meisten Ländern gegenüberstehen  
würde, wodurch die Spaltung des Volkes in zwei  
Teile zur Dauererscheinung werden würde. Es sei nichts  
anderes als eine Kompromißpolitik möglich.

## Von Strefemann bis Breitscheid.

Zu dem plötzlich wieder so tagelänglich gewordenen Thema  
der Bildung einer breiten Regierung front schloß der Reichs-  
tagsabg. Dr. Ulrich (Dem.) im „Reichspost“-Belegblatt: „Die  
Regierung hat schnell und entschlossen gehandelt, aber im  
gleichen Moment, in dem man sich zu Ausnahmemaßnahmen  
entschließt, muß man die Wege finden, um aus ihm in einen  
normalen Zustand zu gelangen. Als einziger Ausweg ergibt  
sich der von der deutschen Demokratie von jeder gebildete  
Zusammenschluß aller der zur positiven Mitarbeit auf dem  
Boden der neuen Staatsordnung bereiteten Parteien, ein  
Zusammenschluß, der keine Auswirkung in entsprechender Zu-  
sammenlegung der Reichsregierung und der Regierungen der  
Länder finden muß. Er breitet diese Regierungsbasis ist,  
desto besser, und es ist durchaus keine Unmöglichkeit, daß sie  
von Strefemann bis Breitscheid reicht.“

## Admiral Scheers Warnung an die Jugend.

Während die Generale Ludendorff, v. d. Golz,  
Graf Waldersee usw. und jene Offiziere, die den Verlust  
ihrer persönlichen Vorrangstellung nicht überwinden können,  
ihre Lage mit Aufregung und Wählerleidern fordern, kommen  
erkennlicherweise auch aus den militärischen Kreisen Stimmen,  
die ein solches, das Land freilich schädigendes Treiben  
schon zu durchdenken. Der ehemalige Chef der Hochseeflotte, Admi-  
ral Scheer, wendet sich in einem Artikel, der in der „Volks-  
zeitung“ erschienen ist, energisch gegen die „Vergrün-  
dung der Volkstimmung“, die sich in sogenannten na-  
tionalen Kreisen bei der Ermordung Erzbergers gezeigt hat.  
In dem er die Rolle Erzbergers beim Waffenstillstand erwähnt,  
fragt er:

„Wo blieben die zur Führung der schwie-  
rigen Waffenstillstandsverhandlungen Sach-  
kundigen und Weserfähigen, als so uner-  
wartet der militärische Zusammenbruch eingetreten wurde  
und das Volk aus allen Himmeln stürzte?“

In der Tat, warum hat Ludendorff die Waffenstillstands-  
verhandlungen, die er durchaus haben wollte und auf deren  
sofortiger Einleitung er bestand, eigentlich nicht selbst geführt,  
warum hat die Oberste Seeresleitung mit der Leitung dieser  
militärischen Verhandlungen nicht eine ihr maßgebende  
Persönlichkeit betraut? All diese Fragen sind ganz einfach  
bei unangenehmer Mission auszuweisen, um für den Waffenstill-  
stand, den sie nach dem Zusammenbruch ihrer strategischen  
Pläne forderten, die Verantwortung nicht tragen zu  
brauchen. Admiral Scheer schreibt dann weiter:

„Die Errettung der nationalen und völkischen  
Ziele würde in unserem Lande zu einer noch unerträglicheren  
Plage werden, als sie uns das Beispiel von Ausland vor-  
führt. Ich warne die Jugend Deutschlands, ihre  
Folgsamkeit auf Brutalität und Gewalt im Innern zu setzen,  
denn sonst werden wir mit Sicherheit in den Abgrund,  
aus dem sich das Deutschland und die Nation nicht mehr  
arbeiten kann. Denn nur durch innere Einigkeit kann es  
gelingen, Vertrauen und Achtung bei anderen Völkern zu  
gewinnen, die erst dann wieder an unsere Stärke und Macht  
glauben können. Dann werden sie auch erkennen müssen,  
daß auch sie nur in der Lage sind, die Wehrrückführung  
ihrer Nation zu erlangen, wenn sie gemeinsam mit uns an  
dieser Arbeit herantreten. Deshalb ist es ganz gleich-  
gültig, wie wir zu der Form der Verfassung  
in Deutschland stehen mit ihr muß jetzt ge-  
arbeitet werden, und sie muß unparteiisch  
vom ganzen Volk verteidigt werden. Dann wird

es auch möglich sein, den Geist von 1914, den wir heute  
rühlig einem romantischen Nennen fassen, zu einer wirklichen  
nationalen Einigkeit zu gestalten, die durchhaltend und kraft-  
erzeugend ist.“

Admiral Scheer hat ersichtlich eine andere Auffassung von  
Vaterlandsliebe, als jene Leute, die aus Zeit und getränkter  
Eigennütze das Land in immer neue Verwirrungen stürzen  
möchten. Die Worte, die er an die Jugend richtet, passen  
natürlich ebenso sehr für die Jugend der Jetztzeit, die Pro-  
fessoren und Schulmänner, von denen viele solche Ermahnun-  
gen recht nötig haben.

## Um die erste Goldmilliarde.

Der Beschluß des französischen Ministerrats, die Er-  
gebnisse der Pariser Finanzkonferenz nicht anzuerkennen, rufte  
in England, Belgien und Italien eine um so stärkere Ent-  
täuschung hervor, als er einmütig gefaßt worden ist. Es  
kann keinen Zweifel unterliegen, daß die Verhandlungs-  
gespräche des französischen Partners erheblich herabgemindert  
werden muß, wenn er nach Abschluß einer langwierigen  
Konferenz auf der schließlich aus seine Vertreter einem  
Ergebnis zustimmen, plötzlich mit dem Verlangen her-  
vortritt, alles Erreichte ungeschehen. Frankreich hat allerdings  
von der ersten Goldmilliarde nichts bekommen, sondern da  
man Belgien auf der Brüsseler Konferenz die Priorität für  
seine Schadenersatzforderungen zugeprochen hatte, erhielt  
es jetzt 500 Millionen und an England sind 450 Millionen  
abgeführt worden. Die Konferenz hatte Frankreich dafür  
den Wert der Saargruben auf seinem Reparationskonto gut-  
geschrieben. In Frankreich hat das Ergebnis der Finanz-  
konferenz böses Blut erregt, und man trat dort schon mit  
Vorschlägen hervor, wie denen, daß man England die deut-  
schen Kolonien anrechnen müsse usw. Man muß sich in  
Deutschland hüten, gerade aus diesen Gegenseiten irgendwie  
etwas für sich zu erhoffen; denn wenn man jetzt erneut zu  
einer Finanzkonferenz zusammenkommt, wird das allge-  
meine Vertrauen dahinbringen, sich auf Kosten Deutschlands  
Sonderabteile zu verschaffen. Demgegenüber ist es aber  
auch vorzuziehen, daß die deutschen Regierungsoffene ein wach-  
sames Auge darauf halten, daß nicht eine Einigung auf  
unseren Kosten erfolgt. Tatsache ist, daß England die deut-  
schen Schritte zu niedrig heranzuschätzt hat, indem es einen  
Anschlagswert zu einer Zeit in Anschlag brachte, wo der  
Preis des Schiffraums außerordentlich niedrig stand. Daß  
die Saargruben auf die Wiedergutmachung in Anrechnung  
kommen, entspricht dem Friedensvertrag. Das Eigentum  
an ihnen ist Frankreich übertragen worden. Der Vertrag  
bestimmt, daß Deutschland sie in 15 Jahren zurückzahlen  
kann, wenn die Volksabstimmung im Saarstaat sich für  
Deutschland entscheidet. Da daran in keiner Weise ge-  
dacht werden kann, so hat Deutschland an sich kein Inter-  
esse daran, daß der Wert der Gruben besonders hoch in An-  
schlag gebracht wird. Es ist jedoch von den Franzosen nötig  
sachlich so darzustellen, als habe ihr Wert den Wert  
der Gruben erhöht. Davon kann nicht die Rede sein. Im  
Kriege ist zwar Kaubau überall getrieben worden, aber  
der Wert ist schließlich derselbe geblieben. Zu der neuen  
Sitzung in London sollen nun Doumer und Doucœur ein-  
geladet werden. Aber zunächst müssen sich die übrigen Staaten  
zu der Frage äußern, ob sie wirklich eine neue Konferenz  
haben wollen.

## Gegen die hohen Fleischpreise.

Anschluß wird mitgeteilt: Von dem preussischen Staats-  
kommissar für Volksernährung ist festgestellt worden, daß trotz  
des in Folge der Weide- und Futtermittelverhältnisse erhöh-  
ten Auftriebes von Schlachtvieh und des dadurch bedingten Sinkens der  
Fleischpreise die Kleinverbraucherpreise für Fleisch viel-  
fach einer ungerechtfertigten hohen Steuer behauptet haben. Um  
der ersten Gefahr, welche die ungerechtfertigte Preispannung für  
die Volksernährung und Volksgesundheit bedeutet, zu be-  
ggnen, hat der preussische Minister des Innern an die  
Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

Die bereits in dem Erlaß des Herrn preussischen Staats-  
kommissars für Volksernährung vom 25. August d. J. be-  
handelte unumkehrliche Spannung zwischen den Lebensbe-  
dingungen und den Fleischpreisen aufpreisen bedeutet eine so  
ernte Schädigung und Förderung der Volksernährung, daß  
eine Befreiung des Mißhandels mit allen Mitteln an-  
gestrebt werden muß. Frühere Erfahrungen haben gezeigt,  
daß ein Eingreifen der Kommunalverwaltungen unter Umständen  
preisregulieren dürfen kann. Zunächst kommt dabei die Tätig-  
keit der Preisprüfstellen in Betracht, dann aber  
wird zu erwägen sein, ob nicht durch den Abschluß von Vieh-  
fleischverträgen mit landwirtschaftlichen Genossenschaften so-  
wie durch Einrichtung einzelner städtischer  
Fleischvertraufstellen ohne Schädigung des realen un-  
berührt hohe Fleischpreise herabgedrückt werden können.

Ich erlaube ergeben, sofort im Besonderen mit den Han-  
delstämmlern zu prüfen, wo ein berechtigtes Vorgehen der Kom-  
munalverwaltungen angebracht sein würde und gegebenenfalls auf  
die betreffenden Landkreise und Gemeinden dahin hinzuwirken,  
daß sie im Interesse der Volksernährung zur Befreiung  
des Mißhandels erforderlichen Maßnahmen treffen. Auch bei  
der Durchführung dieser Maßnahmen wird sich eine Fühlung  
mit den Handelsämtern empfehlen.

## Französische Rache.

Der französische Justizminister Bonnevay hielt gestern  
bei der Ueberrettung des Krieges an das Dorf  
Romeng eine Rede, in der er die Projekte von dem

Der päpstliche Nuntius hat sich demgegenüber, insbesondere die Interessen gegen den General Stenger und den Major Cruzis. Er erklärte: Frankreich hat jetzt kein Interesse mehr daran, was in Belgien beschlossen oder nicht geschieht werden wird, aber es wird die Sorge nach den Schulden und ihren Verbleiben nicht aufgeben, es wird nicht fremden oder internationalen Gerichten die Sorge anvertrauen, sie zu richten. Es gibt Richter in Frankreich, Richter für die Verbrechen, die durch Militäraktionen begangen worden sind, ist das Kriegsgericht. Die in Rom begangenen Verbrechen werden vor diese Gerichte gebracht werden, und ich habe die Gewißheit, daß das allgemeine Gewissen, das die Befreiung der Schuldigen fordert, durch die Entscheidungen befriedigt sein wird, die die gewissenhaften französischen Richter fällen werden.

### Die Hilfe für Rußland.

Ransan legte in einer Besprechung mit den Vertretern des englischen Hilfskomitees für die russische Hungersnot die Einzelheiten seines Abkommens mit der Sowjetregierung auseinander, ebenso die Pläne, die er als vom Raten Kreis in Genf ernannter Direktor des russischen Hilfswerkes gefaßt hat. Die Sowjets haben Ransan alle Vorrechte und Sicherheiten angeboten, die sie Hoover gewährt haben, außerdem weitere Sicherheiten, die für einen glatten Verlauf der Unterstützungsarbeiten von noch größerer Bedeutung sind. Ransan und Hoover werden verschiedene Methoden verfolgen, weil Hoover sich auf die Aufgabe beschränken will, in gewissen Sentenzen die Kinder zu ernähren, während Ransan sich mit den Bedingungen der Hungersnot als einem Ganzen beschäftigen wird, einbezogen die Beschaffung von Nahrungsmitteln, Sämereien und Arzneien. Ransan wird in weitgehendem Maße durch Vermittlung der örtlichen russischen Behörden arbeiten. Die Sowjets haben den Grundsatß der Bewachung durch Ransans Vertreter voll anerkannt.

### Völkerverbund und Abrüstung.

Unter dem Vorbehalt des italienischen Delegierten Schanzler hielt Sonntag nachmittag die Kommission für Einschränkung der Rüstungen eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die von der Unterkommission ausgearbeiteten Berichte dem Völkerverbund und der Völkerverbund-Vollversammlung vorzulegen. Es handelt sich um die Berichte der Unterkommission für Statistik, die einen ausführlichen Fragebogen ausgearbeitet hat, in dem die Regierungen Angaben machen sollen über militärische Aufwendungen usw. Hierauf folgte die allgemeine Diskussion über diese Berichte. Dabei machte der englische Delegierte Fiffiler die Bemerkung, daß die Vorbedingungen zu einem ehrlichen und offenen Meinungsaustausch nicht gegeben seien, da die Vereinigten Staaten, Deutschland und Rußland nicht dem Völkerverbund angehörten. Es wäre daher möglich, daß aus diesem Grunde manche Regierung auf eine Frage die Antwort verweigere. Dazu wäre die Autorität des Völkerverbundes geschwächt. Erst wenn alle Staaten Mitglieder des Völkerverbundes seien, könne er fragen, was er wolle. Dagegen führten der italienische Delegierte Schanzler und der französische Sozialist Juchauz aus, daß der Völkerverbund eine entscheidende Aktion betreffend die Einschränkung der Rüstungen unternehmen und durchsetzen müßte und das umso mehr, als die Einberufung der Washingtoner Konferenz dieser Frage eine erhöhte Bedeutung gebe. Sollten einzelne Regierungen die Antwort verweigern, so könne das die Autorität des Völkerverbundes nicht schwächen. Außerdem seien gemäß Artikel 3 des Statuts die Regierungen zur Antwort verpflichtet. Wenn der Völkerverbund aber zögere, so gebe er seinen Mitgliedern das Gefühl, daß sie von ihm nicht gestützt werden, was einer allgemeinen Bankrott nach sich ziehen könne. Die Abstimmung in dieser Angelegenheit ergab 15 Stimmen für den Antrag, 3 dagegen und eine Enthaltung. Somit wurde der Antrag der Unterkommission angenommen.

### Irlands Ablage an England.

Die irische Antwort, die heute Abend bekanntgegeben worden ist, erklärt, daß das Volk Irlands keine freiwillige Union mit England anerkenne und das fundamentale natürliche Recht in Anspruch nehme, frei für sich selbst zu wählen, um sein nationales Geschick zu verwirklichen. Die Iren hätten sich mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit ihrer Republik erklärt und diese Entscheidung mehr als einmal bestätigt. England handle, als ob Irland durch den Abschluß einer Union mit ihm verbunden wäre, die eine Trennung verbiete. Gestützt auf diese Theorie nehmen Regierung und Parlament in England das Recht in Anspruch, für Irland zu herrschen und ihm Gesetze zu geben, selbst bis zu dem Grade, daß sie das irische Gebiet gegen den Willen des Volkes teilen und jeden irischen Bürger, der die Untertanenpflicht ablehne, töten oder ins Gefängnis werfen. In der Antwort heißt es weiter, daß die Iren die Iren am 20. Juli übermittelten englischen Vorschläge, die in fundamentaler Weise auf dem englischen Standpunkt beruhen, unüberprüflich ablehnen. Die Vorschläge seien nicht eine Einladung an Irland, in eine frei erwählte Gemeinschaft mit den freien Nationen des britischen Dominions treten alle gegen eine Herrschaft Englands gefaßt, nicht nur durch ein anerkanntes verfassungsmäßiges Recht, das eine Gleichheit im Status und absolute Freiheit von der englischen Kontrolle gäbe, sondern durch Tausende von Meilen, die sie von England trennen. Irland werde weder die Garantien der Erneuerung noch das Recht haben. Irland sei in zwei künftliche Staaten geteilt, von denen ein jeder den Einfluß des anderen untergrabe und die beide der militärischen und wirtschaftlichen Kontrolle Englands unterworfen seien. Die Antwort belag schließlich, daß es den Iren gestattet sein müsse, die hauptsächlichsten Tatsachen von ihrem Standpunkt aus zu betrachten. Sie seien damit einverstanden, daß ein neuerer Schiedsrichter zwischen England und Irland entscheide. Die Iren würden nur Widerstand leisten, wenn die Engländer damit

drohen, ihren Standpunkt mit Gewalt zu unterstücken. Drohungen mit der Gewalt müßten auf eine gescheitert werden, um es zu ermöglichen, daß Bevollmächtigte zusammentreten, die durch nichts gehindert würden, außer durch die Tatsachen selbst. Die Bevollmächtigten müßten willens sein, die Streitpunkte nicht durch einen Appell an die Gewalt zu lösen, sondern durch Zueignung auf einen leitenden Grundsatß, über den gemeinsames Einverständnis herrsche. Die Iren setzen als Grundsatß vor: eine Regierung mit Einwilligung der Regierten, welchen Standpunkt die Engländer immer als einen hegeßel britischen Standpunkt für sich in Anspruch nehmen. Dieser Grundsatß ist die einzige Grundlage für die Beratungen der englischen und der irischen Vertreter. Auf dieser Grundlage sei Irland bereit, sofort Bevollmächtigte zu entsenden.

### Der Oberbeschwigen-Schwindel geht weiter.

„Havas“ verbreitet über einen Zwischenfall in „Oberbeschwigen“ folgende Mitteilung, die beachtenswert ist und Nachforschung und event. Berichtigung unbedingt erfordert. Danach sei ein britischer Funktionär Stipley nach seinem Urlaub nach Döpen zurückgekehrt. Sein Auto wurde von sechs bewaffneten Deutschen angehalten, die darin Franzosen vermuteten. Die Deutschen hätten ihm mitgeteilt, daß sie ihn wegen der Besurteilung des Deutschen Soldaten, der den französischen Major Biondolare erschossen hat, als Geisel zurückhalten wollten. Sie forderten von ihm, er möge den ältesten Befehlshaber mitteilen, daß er flüchtig sei, wenn der deutsche Besurteilte nicht freigelassen würde. Er weigerte sich aber, diesem Befehl nachzukommen und nach vierzig Stunden wurde er freigelassen und durfte nach Döpen zurückkehren.

### Die Hege der Deutschnationalen.

Auf dem deutschnationalen Parteitag haben sowohl Herzog wie Helfferich die Hege ihres politischen Kampfes verdeutlicht. In welche Weise das am 1. Juni, kann man ersehen, wenn man die schon jetzt beliebte Art der Agitation betrachtet. In einer Verlesung der „Deutschnationalen“ in Breslau führte der deutschnationale Abg. Walsch über großen Beifall aus, daß der Antimilitarismus jetzt von Worten zu Taten übergehen werde und daß mit allen Mitteln die Wiederkehr der Plebiszite und der Sozialpolitik erstrebt werden solle, und dann sagte er: „Gottlob, daß wir bald einen neuen Weltkrieg, den zweiten Teil des ersten, haben werden!“

### Deutsches Reich.

#### Von der nordischen Woche in Altdorf.

Nach dem vorgelegten Vortrage über das dänische Volkshochschulwesen im Hofmannsraum gesehen die Tagung der deutschen Volkshochschulen im Rathenower mit Referaten von Prof. Dr. Raabe (München), Dr. Lemm (Berlin) und Studientat Fringer. Das gemeinsame Offen der Teilnehmer im Hause der Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeiten nahm die Ansprache ihren Fortgang. Ein zwangsläufiges Besondere des ersten Tag. Die Vortragsgesellschaft veranstaltete am Sonntag vor ihrer Generalversammlung einen Festgottesdienst in der Marienkirche. Am Vormittag hielt Thomas Meier im Hofmannsraum einen Vortrag über Goethe und Tolstoi. Am Nachmittag vereinigten sich in der Kirchenorgel eine zahlreiche Zuhörerschaft in der Marienkirche. Als vierte Veranstaltung in der Festwoche brachte das Stadttheater in vollständiger neuer Ausstattung und Einrichtung die Zauberspiele.

Parteiagitation und die Verlage der Beamten. Der Deutsche Beamtenbund veranstaltete am 31. August in der Stadthalle in Hannover eine von über 4000 Personen besuchte Parteitagung der Beamtenvereine. In dieser Redeversammlung erklärte ein hochdeutscher Redner, Regierungsbevollmächtigter Haag, bei den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Beamtenhöfe und der Reichsregierung sowie den Vertretern der Fraktionen des Reichstages habe die sozialdemokr. Fraktion ihre Zustimmung unter Vorbehalt gegeben. Der demokratische Abg. Bartsch stellte darauf fest und der Direktor des Deutschen Beamtenbundes Remmers bestätigte es, daß der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion den Vorschlägen in derselben Weise und ohne irgend einen Vorbehalt zugestimmt habe, wie die Vertreter der übrigen Fraktionen. Durch einen Zwischenruf gab Herr Haag dann zu erkennen, daß der Vorbehalt angeblich nachträglich gemacht worden sei. In seiner Polemik gegen die Regierung macht Herr Haag weiter das für einen Sozialdemokraten sehr interessante Zugeständnis, es sei eine politische Notwendigkeit, an den Weltmarktpreis heranzukommen.

Erhöhung der Feuerversicherungen auf dem Lande. Aus zahlreichen Anträgen auf Gewährung von Staatsdarlehen für abgebrannte Wirtschaftsgebäude geht hervor, daß die Gebäude nur mit ganz geringen Beträgen gegen Feuer versichert waren, so daß aus der Entschädigungsumme lediglich ein geringer Teil der Neubautkosten bestritten werden kann. Wie die „Dona“ erzählt, hat der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten deshalb zugleich im Namen der Minister des Innern und der Volkswirtschaft an die Landesstrukturamtspräsidenten vor kurzem ein Schreiben gerichtet, in dem erjucht wird, durch die Kulturamtsvorsteher auf eine Nachprüfung und Erhöhung der Feuerversicherungen auf dem Lande hinzuwirken. Es heißt in dem Schreiben, daß, wenn auch im allgemeinen die alten Versicherungen nicht um so viel gesteigert werden können, daß sie die jetzigen Neubautkosten decken, es doch dringend erforderlich ist, daß eine angemessene Erhöhung vorgenommen werde. Verabreichung dieser selbstverständlichen Wünsche als Pflichtaufgabe aufgeführt werden, die eine etwaige Notlage des Abgebrannten nicht als unerwünscht erscheinen lasse und die Gewährung staatlicher Beihilfe zum Wiederaufbau ausschließe.

Ein Arbeiterfesttag für Sowjetrußland wurde gestern vormittag von der Berliner Sektion der R. A. P. im Lustgarten veranstaltet. Gleichzeitig und von demselben Ort nahm der Jugendtag der kommunistischen Jugendinternationalen seinen Anfang. Mit roten Fahnen und Bannern, Schildern mit Aufschriften wie „Wir fordern den sofortigen Arbeiterfesttag!“, „Das Licht kommt aus Diten!“, „Wieder mit der Front!“ und „Anerkennung der Sowjetregierung“ und anderen, mit Plakaten unter dem Slogan der internationalen, mit Hoch- und Niederrufen markierten mehrere 1000 Personen beiderlei Geschlechts und jeden Alters in ge-

schloßen einen Zug vor dem „Lieser“ und am Dom auf. „Stafa“ die Vorträge wechselten ab mit Ansprachen der kommunistischen Redner: Böhmer, Friedland, Mühlengrün und der Genosin Wolke. Kinder und halbwüchsliche Burschen und Mädchen verlaufen außer Propagandabroschüren Wohlfahtsmarken für die hungernden Rußen und forderten zur Einbeziehung in Gemeinkassen auf. Die Kundgebungen verliefen, abgesehen von Störungen des Straßenverkehrs und langwierigen Wagnersprechern, ruhig. Im Kaufhaus fand zum Abschluß der roten Woche ein Umzug der kommunistischen Jugend statt, der ebenfalls einen ungeklärten Verlauf nahm.

Wolffharter Dreiel. Einer Washingtoner Meldung zufolge wurde der bisherige Geschäftsführer in Berlin, Elias Dreiel, zum amerikanischen Botschafter ernannt.

### Auslands-Rundschau.

Das Londoner Obergericht befahl der Polizei, 30 Mitglieder des Munizipalrates von Poplar (Westendviertel Londons) zu verhaften. Weshalb sind bereits verhaftet worden, darunter Labbury, Herausgeber der Arbeiterzeitung „Daily Herald“. Fünf westliche Munizipalmitglieder sollen morgen verhaftet werden. Das oberste Gericht hat die Festnahme verfügt, weil diese Munizipalmitglieder sich weigerten, gewisse lokale Steuern einzulösen, abgesehen von der Zahlung der Arbeitslosenversicherung, die die örtliche Steuerzahlung von Poplar verweigert. Die Verhaftungen wurden in völliger Ordnung durchgeführt. Große Scharen Arbeiterhöfe begrüßten die Verhaftungen, als sie weggeführt wurden.

Der indische Aufstand. Neuter meldet aus Nairobi: Abenteuerrige Streifjägerbanden übergriffen die Grenze des Keniagebietes. Die Engländer räumten Gaddabuanua und Sulmuddo ohne Zwischenfall. Die Lage wird für ernst gehalten, da der Feind weiter ins Innere zu dringen beabsichtigt. Einzelheiten fehlen.

Die Mauern haben in den letzten Kämpfen mehr als 100 Tote und 200 Verwundete gehabt. Die meisten sind im Handgemenge mit spanischen Truppen gefallen. Die Spanier verloren 250 Leute, die meist verwundet sind.

Lebensmittelpreise in Petersburg. Nach einer Meldung der Agentur Ruskonen werden gegenwärtig in Petersburg folgende Preise bezahlt: Weizenmehl das Pud (40 Pfund) 208 000 Rubel, Getreidemehl 179 000 Rubel, Kartoffeln 64 000, Grütze 297 000, Butter das russische Pfund (400 Gramm) 25 000 Rubel und Salz das Pfund 2700 Rubel.

Regierungserfalle in Letzland. Ministerpräsident Witos erklärte in der Budgetkommission, daß er, solange die Staatsnotwendigkeit das erfordere, die Regierungsgeschäfte weiterführen wolle. Er verlange aber eine Entscheidung über das von der Nationaldemokraten beantragte Mißtrauensvotum. Hierauf nahm die Linke den Standpunkt ein, daß die Budgetkommission in der Kabinettsfrage inkompetent sei. Infolgedessen wurde beschlossen, einfach zur Leistung des Budgetentwurfs überzugehen.

### Kunst und Wissenschaft.

Ludwig Thoma nachts. Die Münchener Zeitungen melden, daß Ludwig Thoma künftighin den Wunsch ausgesprochen, daß Josef Oskaniller, der bekannte Münchener Gelehrte, die Ordnung seines literarischen Nachlasses übernehme.

Uraufführungen im Reich. Das Braunschweigische Landesbühnen bereitet die Uraufführung von Paul Kurts Drama „Dina“ vor, das Landesbühnen in Koburg die Uraufführung der Oper „Die gepanzerte Frau“ von A. Haag, das Stadttheater in Aachen die des Stüdes „Spiel“ von Brust und das Neue Theater in Frankfurt a. M. zum Abschluß seiner Sommerpielzeit die Uraufführung des Schwanen „Festweiber“ von Max Heilmann und Otto Schwartz. Die Vereinigten Theater in Breslau erworben Paul Franke's Schauspiel: „Der Engel“, das Stadttheater in Heidelberg von A. Kollema „Satire Sport“ (überführt von Eise Ditten), das Landesbühnen in Weimern Carl Hauptmanns Bühnenstück „Des Königs Hof“, und Max Jungnickels „Des Herz in der Laternen“ zur Uraufführung. Diese Abschlüsse erfolgten durch Dösterheib u. Co., Berlin W 15.

Kritiklosigkeit in Nürnberg. Die gesamte Nürnberger Presse erklärt, wegen unwürdiger Zumutung der Altkommunisten des Stadttheaters und des Stadtrats an die kritische Tätigkeit der Nürnberger Presse den einmütigen Beschluß, jede Rezensionspflicht der kritischen Presse zu suspendieren, bis die Angelegenheit zufriedenstellend erledigt ist.

Die Vereiniger Stadttheaterfrage hat nach monatelangen Verhandlungen jetzt endlich ihre Einigung gefunden. Leiter des Theaters wird wieder Goun Hans Ebelin, der früher als erster Kammermeister hier wirkte und während der letzten Spielzeit die Direktion führte. Die vom Gemeinderat bewilligte Subvention beträgt 100 000 Mark, wovon 24 000 Mark direkt aus der Oberstadt bezahlt werden. Während die letzte Spielzeit nur Duet und Operette brachte, ist für die neue Saison aus Schauspiel vorgezogen worden. Die Wiederabgabe Spielens darf im Interesse der Kunst mit Ermäßigung befristet werden.

Neue Leitung des Dresdener Meißenertheaters. Dr. phil. Walter Schreiber, bekannt durch seine Tätigkeit als Regisseur und Direktionsmitglied des Alberttheaters, gegenwärtig Direktor des Sächsischen Stadttheaters, übernimmt die Leitung des Dresdener Meißenertheaters und wird die Dösterheibzeit am 1. Oktober eröffnen.

Gerhart Hauptmann hat die Direktion des Wiener Burgtheaters beabsichtigt, daß er im November für einige Zeit nach Wien kommt. Das Burgtheater wird während der Abwesenheit Hauptmanns in Wien eine Reihe in Spielplan befindlicher Werke des Richters spielen und überdies ein neues Werk Hauptmanns zur Aufführung bringen.

Der neue Württembergische Theaterdirektor. Um die erledigte Stelle des Direktors vom Württembergischen Stadttheater haben sich 25 Bewerber gemeldet. Der Staatsrat übertrug die Stelle dem Theaterdirektor Ludwig Spanuth-Wobenstedt aus Hanau.

**Auskunfts- und Detektive**  
Boeyrich & Greve, Halle a. S., Gr. Steinstr. 31, Telefon 2144. Geogr. 1888. Auskünfte über Vermögens-, Familien-, Geschäfts- und Privatverhältnisse auf alle Plätze der Welt, streng diskret und zuverlässig. Beobachtungen und Ermittlungen aller Art, Regelung v. Verlassensangelegenheiten, Beschaffung von Beweismaterial.